



Presseschau vom 04.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Jürgen Cain Külbel: Der Fall Nawalny und der Nowitschok-Nebel

Teil 1: Ob im Fall Skripal oder nun im Fall Nawalny: Ein britischer Oberst a. D spielte im Verbund mit der Plattform Bellingcat eine zentrale Rolle bei der Etablierung des Narrativs, wonach Moskau die Nowitschok-Attentate angeordnet habe. Und die Mainstreammedien spielen dabei unkritisch mit. ...

<https://de.rt.com/2aho>

Teil 2: Im zweiten Teil untersucht der Autor die Ungereimtheiten hinsichtlich der "unabhängigen Bestätigung" des Nowitschok-Fundes in Proben von Alexei Nawalny durch verschiedene Labore. Es soll sich dabei um eine "härtere" Variante des Nervengifts handeln – was Fragen aufwirft. ...

<https://de.rt.com/2an2>

Falko Looff: Warum die Angst vor "Verschwörungstheorien"?

Die politisch-mediale Elite fühlt sich offenbar herausgefordert, denn in jüngster Zeit nutzt sie verstärkt den Terminus "Verschwörungstheoretiker" zur Diffamierung Andersdenkender.

Doch woher kommt der Begriff eigentlich, und warum gibt es keinen ehrlichen Dialog? ...

<https://de.rt.com/2ar1>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Minsk entzieht Akkreditierungen für ausländische Medien – Berlin alarmiert**

Das deutsche Auswärtige Amt hat am Samstag den Akkreditierungs-Entzug für ausländische Journalisten in Weißrussland kommentiert.

Weißrusslands Außenamt teilte zuvor mit, dass im Land ab dem 2. Oktober neue Regeln für die Akkreditierung ausländischer Medien gelten. Alte Pressepässe seien ab Freitag nicht mehr gültig.

Diese Maßnahme stellt aus [Berlins Sicht](#) einen „weiteren eklatanten Einschnitt in die Presse- und Meinungsfreiheit dar“. Bereits zuvor habe es „wochenlange Menschenrechtsverletzungen und Schikanen gegen Journalisten“ gegeben.

„Die unabhängige Berichterstattung über die Demonstrationen Hunderttausender und über das gewaltsame Vorgehen der Staatsorgane wird damit weiter massiv eingeschränkt.“

Dieser „alarmierende Schritt“ zeige erneut, dass „Herr Lukaschenko offensichtlich nicht mehr die Interessen seines Volkes und seines Landes“ vertrete. Dasselbe beweise auch die Androhung Weißrusslands, die diplomatische Präsenz einiger ausländischer Vertretungen zu reduzieren.

Lage in Weißrussland

Die Massenproteste in Weißrussland hatten am 9. August gleich nach der Präsidentenwahl begonnen, bei der sich Alexander Lukaschenko zum sechsten Mal in Folge zum Sieger hatte ausrufen lassen. Nach Angaben der Wahlleitung in Minsk kam der seit 1994 regierende Lukaschenko auf 80,1 Prozent der Stimmen. Seine Hauptrivalin Swetlana Tichanowskaja schnitt mit 10,12 Prozent ab.

Die Opposition erkannte das Ergebnis nicht an und erklärte seine Herausforderin Tichanowskaja zur wahren Siegerin. Daraufhin kam es landesweit zu Protesten, die von den Ordnungskräften zunächst gewaltsam niedergeschlagen wurden. Das harte Vorgehen sorgte international für scharfe Kritik.

Die Europäische Union verhängte Sanktionen gegen Minsk. Später traten Weißrusslands Gegenmaßnahmen in Kraft, die in Übereinstimmung mit den Unionsverpflichtungen automatisch auch von Russland ergriffen wurden.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/03/328066928_0:431:2987:2047_1000x080_0_1_dd7ae63a9075579fbc03c0daba95e5d6.jpg

de.sputniknews.com: **Konflikt um Bergkarabach: Eriwan verweist auf Verluste Aserbaidshans**

Der Vertreter des armenischen Verteidigungsministeriums, Arzun Owannisjan, hat auf einer Pressekonferenz am Samstag von den Verlusten gesprochen, die die aserbaidshansische Armee in den letzten 24 Stunden im Konflikt um Bergkarabach erlitten haben soll.

„Die aserbaidshansische Seite hat zehn Drohnen, drei Flugzeuge, drei Mehrfachraketenwerfersysteme 'Smertsch' und einen Hubschrauber verloren. Insgesamt

wurden seit Beginn der Kampfhandlungen 113 Drohnen und 250 Panzerfahrzeuge zerstört“, zitiert die Agentur RIA Novosti Owannisjan.

Die Kräfteeinbuße hätten sich in den letzten 24 Stunden auf 440 bis 450 Menschen belaufen, hieß es weiter.

Inzwischen hat Baku in einer Erklärung von Samstagmorgen Eriwans Aussagen über die Zerstörung von drei Flugzeugen der aserbaidischen Luftwaffe bestritten. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Wagif Dergjahly, sagte, dass während der Kämpfe in Karabach kein einziges Kampfflugzeug abgeschossen worden sei. ...

sputnik.by: **Ungewöhnlicher Samstag: Zum ersten Mal in Minsk gab es keine Massenproteste**

Kleine Gruppen von Frauen gingen ins Zentrum der Hauptstadt, sie schlossen sich nicht zu Marschkolonnen zusammen die Verhaftungen waren minimal.

Zum ersten Mal seit dem 9. August veranstalteten die Demonstranten am Samstag keine Massenproteste in Minsk. Wie Sputnik jedoch bei der Polizei erfuhr, gab es dennoch einzelne Verhaftungen.

Heute gingen Frauen wie bisher samstags auf die Straßen der Hauptstadt. Ihre Zahl war jedoch nicht groß, sie bewegten sich in kleinen Gruppen mit Blumen in den Händen durch die Straßen von Minsk.

Die Straßen der Hauptstadt wurden von Kleinbussen mit Sicherheitskräften überwacht. Wie Natalja Ganusewitsch, die offizielle Vertreterin der Direktion für innere Angelegenheiten der Stadtverwaltung Minsk, gegenüber Sputnik mitteilte, gab es einige Verhaftungen.

„11 Personen wurden festgenommen, weil sie an nicht genehmigten Aktionen teilgenommen haben“, sagte sie.

Dies ist die niedrigste Zahl von Personen, die während des gesamten Zeitraums unerlaubter Proteste in der Hauptstadt seit dem 9. August inhaftiert wurden.

Nach Angaben des Innenministeriums wurden am vorangegangenen Samstag landesweit 150 Demonstranten festgenommen. ...



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/08/17/1045530709.jpg>

sputnik.by: **"Wir lieben euch!" Wie sich politische Gegner in Brest trafen**

Als die Demonstration von Lukaschenkos Anhängern im Bereich der Fußgängerzone auf politische Gegner traf, gab es keinen Konflikt. Die Bewohner von Brest riefen sich gegenseitig ihre Parolen zu und gingen weiter.

Am Samstag fand in Brest ein Marsch von Unterstützern des amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko vom Freiheitsplatz zur Festung Brest statt.

Im Bereich der Fußgängerzone „Sovetskaja“ in der Stadt trafen sich die Demonstranten mit politischen Gegnern. Dann verschmolzen die Parolen „Für Weißrussland“ und „Es lebe

Weißrussland“, aber die Leute in Brest kamen ohne Konfrontation aus.

Im Gegenteil, jemand rief den Gegnern ein versöhnliches "Wir lieben euch!" Als Antwort hörten sie: "Wir lieben euch auch!"

Die Kolonne wurde von einem Militärorchester begleitet, die Leute trugen Ikonen, und als sie in der Brester Festung ankamen, trafen sich die Demonstranten mit den Teilnehmern des Autokorsos, der heute an der Grenze zu Russland begann und zur Mittagszeit in Brest ankam. Die Gäste der Festung beeindruckten mit einer riesigen Nationalflagge, die durch den Haupteingang in die Festung gebracht wurde.

Alle Interessenten konnten neben der Teilnahme an der Kundgebung auch an einer Exkursion rund um den Gedenkkomplexe teilnehmen.

<iframe width="1000" height="563" src="https://www.youtube.com/embed/Tx9tFOQMfb4" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/Tx9tFOQMfb4>

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 3. Oktober wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen festgestellt.

- 23:10 Uhr aus Richtung Solotoje-4 in Richtung **Solotoje-5** mit Schusswaffen.

- 23:35 Uhr aus Richtung Swetlodarsk – in Richtung **Losowoje** mit einem Granatwerfer (2 Schüsse).

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weiter Detonation von Sprengeinrichtungen festgestellt:

- um 15:00 und um 18:45 Uhr im Gebiet von Solotoje-4.

rusvesna.su: Der ukrainische Premierminister gab eine schockierende Erklärung über die traurige Zukunft des Landes ab

Der ukrainische Premierminister Denis Schmygal sagte im Gespräch mit den Studenten der Polytechnischen Universität Lwow, dass die Ukraine in 15 Jahren keine Möglichkeit mehr haben werde, Renten zu zahlen.

Das [Video](#) mit dem Vortrag des Premierministers wurde am 3. Oktober auf dem offiziellen Kanal des Ministerkabinetts veröffentlicht. Der Vortrag selbst fand am 25. September statt. Während seiner Rede sagte der Politiker den Studenten, dass aufgrund der demografischen Situation in der Zukunft ein Arbeiter zwei Rentner mit seinen Steuern versorgen muss.

Es ist fast unmöglich, dies zu tun, daher wird der Staat in 15 Jahren „keine Renten mehr zahlen können“, sagte Schmygal.

„Es wird nur wenige arbeitsfähige Menschen und viele Rentner geben. Das Verhältnis wird 1 zu 2 sein. Die Steuern müssten verdoppelt werden, um die Rentner zu unterstützen.

Die Unternehmen wollen die Steuern nicht mehr erhöhen. Eine Verdoppelung ist nicht möglich. Wir werden in 15 Jahren keine Renten mehr an zukünftige Rentner zahlen können.

Es ist einfache Mathematik“, sagte der ukrainische Premierminister.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/ukraina_bednost_3.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 3. Oktober 3:00 Uhr bis 4. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verstöße von Seiten der BFU 2.

Auf das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Donezk: Unterlaufgranatwerfer – 1 mal (2 Granaten).

Richtung Mariupol: Unterlaufgranatwerfer – 1 mal (1 Granate).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Spartak, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Russischer Politiker sagt Zukunft von Nawalny bei Rückkehr nach Russland voraus

Alexej Nawalny wird auch weiter von westlichen „Drahtziehern bevormundet“, selbst wenn der Kreml-Kritiker nach Russland zurückkehrt. Diese Auffassung vertrat Andrej Klimow, Mitglied des russischen Föderationsrates (Parlamentsoberhaus), im Interview mit der „Parlamentskaja gaseta“.

Laut Klimow liegt das Schicksal des Bloggers nun in der Hand westlicher Spezialisten, von deren Entscheidung auch seine Rückkehr abhängt.

„Möglicherweise werden sie es richtig finden, ihn wieder nach Russland zurückkehren zu lassen. Da diese Personen aber lange Arme haben, wie man früher so sagte, würde die Bevormundung weiter andauern, selbst wenn dieser Bürger zurückkehren sollte. Beiläufig gesagt: Bevor er ausgeflogen wurde, war er ebenfalls von dort aus bevormundet worden“, so Klimow.

Dem Politiker zufolge werden Personen vom Typ Nawalny vom Westen als „Sturmabteilungen“ für die Suche nach „Schwachstellen im System der russischen Souveränität“ genutzt.

Klimow hatte zuvor einen Artikel veröffentlicht, in dem Nawalny als „Geisel westlicher Geheimdienste“ bezeichnet wurde. Wenn der Blogger nicht behauptet hätte, er sei von der Schuld der russischen Behörden an seiner Vergiftung überzeugt, hätte dies demnach mit seinem Tod enden können.

Der russische regierungskritische Blogger Alexej Nawalny hatte am 20. August auf einem Flug von Tomsk nach Moskau das Bewusstsein verloren, woraufhin das Flugzeug umgehend in der Stadt Omsk notgelandet war. Er wurde in ein Omsker Krankenhaus gebracht und dort in ein künstliches Koma versetzt. Örtliche Ärzte stellten bei ihm schwere Stoffwechselstörungen fest, deren Ursache unklar war. Giftspuren wurden weder im Blut noch im Urin nachgewiesen.

Später wurde der 44-Jährige auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt.

Die Bundesregierung teilte unter Berufung auf Bundeswehr-Mediziner mit, dass bei Nawalny Spuren eines Nervengifts aus der Nowitschok-Gruppe festgestellt worden seien. Beweise wurden bislang nicht vorgelegt. Berlin zufolge wurden die Schlussfolgerungen deutscher Experten in Labors in Schweden und Frankreich bestätigt.

Eine Anfrage Moskaus, detailliertere Informationen zu Nawalnys Testergebnissen zur Verfügung zu stellen, blieb ohne Antwort.

Am 23. September hatte die Berliner Charité die Entlassung Nawalnys aus der stationären Behandlung bekanntgegeben.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/01/328058271_0:167:3140:1866_1000x080_0_1_fb46aa602bb982a8f70b56572932a450.jpg

Mzdnr.ru: Am 3. Oktober wurden in der DVR 69 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

In den letzten 24 Stunden wurden 2 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen. Außerdem gab es vier Todesfälle – Männer im Alter von 62 und 83 Jahren und Frauen im Alter von 46 und 67 Jahren.

Am 4. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 3839 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

1468 Patienten sind derzeit in Behandlung, 2147 als gesund entlassen, es gibt 224 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Bundeswehr-Generalinspekteur: Hochkompliziertes Militärgerät nicht für jede Aufgabe passend**

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, stellt das Militärgerät der Bundeswehr, das zunehmend mit Hochtechnologien ausgestattet wird, auf den Prüfstand. Nach Pannen der letzten Jahre und unerfüllten Herstellerzusagen zweifelt der General daran, ob der Einsatz komplizierter elektronischer Systeme der richtige Weg für jede Aufgabe ist.

Wie Zorn gegenüber der Deutschen Presse-Agentur in Berlin sagte, werden künftige Großprojekte auf ihre notwendige Ausstattung und Beschaffenheit genau überprüft. „Wir nennen das Forderungscontrolling: Sind wirklich alle Anforderungen an das System notwendig?“, sagte er. Vor einigen Tagen habe es dazu das erste Treffen gegeben. „Die Bundeswehr braucht robustes Material. Militärisches Handeln ist nicht auf Ausbildung in einem Feldlager beschränkt, sondern umfasst Gefechtssituationen und kriegerische Auseinandersetzungen. Unsere Fahrzeuge müssen verlässlich und einsatzbereit sein“, so Zorn. Er betonte: „Einfache Bedienung und technischer Fortschritt müssen miteinander harmonieren. Unsere Autos müssen noch fahren, selbst wenn sie schon mal angeschossen wurden.“

Erfahrungen mit dem Schützenpanzer Puma, den Hubschraubern Tiger und NH-90 sowie dem Transportflugzeug A400M hätten gezeigt, dass die Anwendung von viel Technologie und Hightech auch zu Komplikationen führen könne, so Zorn. Die unterschiedlichen elektronischen Systeme seien komplex und schwer miteinander zu synchronisieren. „In den Erprobungsumgebungen neuer Waffensysteme funktioniert alles einwandfrei. Tausende Satelliten geben uns alle Informationen, die wir brauchen“, sagte Zorn. Er stelle sich aber die Frage, was passieren würde, wenn durch eine gezielte Cyberattacke Satellitensignale gestört bzw. die betreffenden Waffensysteme angegriffen würden. „Sind sie robust genug und dann weiterhin einsatzbereit?“, fragte der General.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31032/18/310321874_0:83:3500:1973_1000x0_800_1_9f77224fb7962346cbb7483209cdc0ac.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 4. Oktober um 9:00 Uhr 1040 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
Davon wurden bisher insgesamt 805 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.
Insgesamt gibt es 40 Todesfälle.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Japanische Firmen bitten USA um Erlaubnis für Lieferungen an Huawei – Zeitung**

Die japanischen Unternehmen Sony und Kioxia haben, den südkoreanischen Firmen Samsung Electronics und SK Hynix folgend, das US-Handelsministerium um eine Genehmigung für die Lieferungen elektronischer Komponenten an das chinesische Unternehmen Huawei Technologies ersucht, das auf einer schwarzen Liste der USA steht.

Wie die Zeitung „Nikkei“ unter Berufung auf anonyme Quellen schreibt, könnten die japanischen Unternehmen ohne Zustimmung des US-Handelsministeriums „mit

Gewinnrisiken konfrontiert“ sein. Nach dem Stand vom 3. Oktober liegt noch keine solche Genehmigung vor. Die japanische Firma Sony hatte früher bis zu 20 Prozent aller von ihr hergestellten superempfindlichen Matrizen an Huawei geliefert.

Die USA werfen Huawei vor, mit dem Militär und den Geheimdiensten Chinas zusammenzuarbeiten und möglicherweise auch Kunden zu beschatten. Washington will etliche Länder dazu überreden, bei der Umstellung auf das 5G-Mobilfunknetz die Infrastruktur und die Ausrüstungen von Huawei nicht zu verwenden.

Das chinesische Unternehmen weist die Anschuldigungen als politisch motiviert und als Verstöße gegen die Grundsätze der Marktkonkurrenz zurück.

In ihrem Bemühen, die Verbündeten unter Druck zu setzen, drohen ihnen die USA, im Falle einer Kooperation mit chinesischen Unternehmen im Bereich 5G, die Übermittlung von Aufklärungsdaten an sie einzustellen.

Die USA hatten Huawei im Mai 2019 auf die Liste gebannter Unternehmer gesetzt, um den Zugang der Chinesen zu Technologien aus den USA abzuschneiden. Damit ist es US-Firmen untersagt, ohne Genehmigung der Regierung Geschäfte mit dem chinesischen Netzwerkausrüster und Smartphone-Hersteller zu tätigen. Von den Exportbeschränkungen sind auch Unternehmen außerhalb der USA betroffen, weil sie selbst US-Technologien einsetzen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/04/328067899_0:39:3678:2028_1000x0_80_0_1_68f6f4dfef9d9fd8821788a4d05deead.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 04.10.2020**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **zwei Feuerprovokationen in Richtung Donezk** begangen.

Kriegsverbrecher des 2. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade der BFU haben von den Positionen im Gebiet von Awdejewka zwei Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer in Richtung **Spartak** abgefeuert.

Außerdem wurde das Feuer mit einem Unterlaufgranatwerfer von Kämpfern eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje in Richtung **Kominternowo** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der 36. Brigade den **Beschuss** unter Einsatz eines Unterlaufgranatwerfers und Schusswaffen **in Richtung Leninskoje fortgesetzt**.

Die Volksmiliz ihrerseits ist auf die Provokationen des Gegners nicht eingegangen und hält streng die Bedingungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung Kontrolle des Regimes der Feueinstellung ein.

Beobachter der OSZE-Mission haben im Bericht vom 3. Oktober 2020 einen Fall der Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Waffenstillstand durch die ukrainischen Formationen bestätigt. So wurde in den letzten 24 Stunden die Stationierung

eines gepanzerten Aufklärungs- und Spähfahrzeugs in Awdejewka durch Kämpfer der 54. Brigade der BFU bemerkt.

Es wurden **weitere Fälle nicht kampfbedingter Verluste der BFU in der OOS-Zone** festgestellt.

So entstand während der Rückkehr von Soldaten der BFU, die Dienst in der OOS-Zone tun, aus dem Urlaub bei der Fahrt in Richtung der Eisenbahnstation Konstantinowka im Zug beim Trinken von Alkohol ein Streit. Ein Soldat aus der 54. Brigade versuchte Gewalt gegen eine Soldatin, die Oberfeldwebelin Didenko aus dem 23. Bataillon der 56. Brigade anzuwenden. Aber der Vergewaltiger wurde heftig von Kameraden abgewehrt und aus dem Zug geworfen. Didenko erlitt Schlagverletzungen. Nach vorläufigen Informationen starb der Soldat der 54. Brigade, seine Identität wird noch überprüft.

Der Konsum von Alkohol und Drogen in den Verbänden und Truppenteilen der BFU in der OOS-Zone hat Massencharakter angenommen. Betrunkene Soldaten der Ukraine sabotieren offen die Befehle der Kommandeure und halten die Regeln nicht ein.

Eine solche Lage der Dinge besteht auch im 503. Marineinfanteriebataillon im Verantwortungsbereich der 35. Brigade. Es ist festzustellen, dass der Bataillonskommandeur Sucharewskij für die Zeit der Arbeit einer Kommission der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“, die für die nächste Zeit geplant ist, und eines möglichen Besuchs einer ausländischen Delegation aus westlichen Ländern befohlen hat, zur Ausführung von Aufgaben und zum Dienst im Frontbereich im Verantwortungsbereich des Bataillons Soldaten heranzuziehen, die grobe disziplinarische Vergehen im Zusammenhang mit Alkohol- und Drogenkonsum begangen haben.

So hat der Bataillonskommandeur beschlossen, sich auf Zeit der nachlässigen Marineinfanteristen zu entledigen und der Kommission die Lage der Dinge in einem besseren Licht darzustellen.

de.sputniknews.com: **EU-Chefdiplomat kritisiert Abbau diplomatischer Präsenz von Polen und Litauen in Weißrussland**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat sich gegen die Forderung von Minsk gewandt, die diplomatische Präsenz von Polen und Litauen in Weißrussland zu reduzieren. Mit dieser Forderung schotteten sich die weißrussischen Behörden noch mehr ab, so Borrell.

„Die Forderungen der weißrussischen Behörden, die Botschafter von Polen und Litauen abuberufen und die diplomatische Präsenz der beiden Länder wesentlich zu reduzieren, ist haltlos und bedauernswert. Das widerspricht der Logik eines Dialogs und isoliert die Behörden in Minsk noch mehr“, heißt es in dem Dokument.

Borrell betonte ferner, dass „das Vorgehen der Behörden Weißrusslands gegen konkrete Mitglieder der EU die europäische Einheit nicht untergraben kann“. Dem EU-Chefdiplomaten zufolge wurde diese Einheit „während des Europagipfels am 1. Oktober bekräftigt, als alle EU-Mitglieder die weißrussischen Behörden aufgerufen haben, Gewalt und Repressionen zu stoppen, politische Strafgefangene zu entlassen, die Freiheit der Medien und der Bürgergesellschaft zu respektieren sowie einen inklusiven nationalen Dialog aufzunehmen“. Weißrussland hatte Polen und Litauen aufgefordert, ihre diplomatische Präsenz im Land zu reduzieren. Dies sei laut dem Außenministerium in Minsk auf die „unfreundlichen Bewegungen“ der beiden Staaten zurückzuführen.

Darüber hinaus forderte Minsk Polen und Litauen auf, die Zusammensetzung ihrer diplomatischen Vertretungen bis zum 9. Oktober 2020 mit jenen von Weißrussland in Einklang zu bringen und die Zahl der Diplomaten auf 18 bzw. 14 zu reduzieren.

Weißrussland hatte zuvor mehrmals erklärt, dass Protestaktionen nach den Präsidentenwahlen aus dem Ausland finanziert würden. Unter den Ländern, aus denen die Demonstrationen koordiniert werden, nannte Minsk Polen, Tschechien, Litauen und die Ukraine.

Mil-Inr.su: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 4. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben von Beobachtern der LVR im GZKK **zwei Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte sowie zwei Detonationen auf den Positionen des Gegners festgestellt.

In Richtung Popasnaja wurde nicht zielgerichteter Beschuss mit Schusswaffen von den Positionen der 30. Brigade im Gebiet von Solotoje-4 in Richtung **Solotoje-5** durchgeführt.

In Richtung Swetlosdarsk haben Kämpfer einen Granatwerfer eingesetzt und zwei Schüsse in Richtung **Losowoje** abgegeben.

Außerdem haben Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK eine Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle und Einhaltung des Regimes der

Feuereinstellung festgestellt, auf den Positionen der 30. Brigade im Gebiet von Solotoje-4

wurden **zwei Detonationen von nicht identifizierten Sprengeinrichtungen im**

Zusammenhang mit der Durchführung von Arbeiten zu zusätzlichen Befestigung der Positionen festgestellt....

de.sputniknews.com: **Iran: Internationale Gemeinschaft soll Israel zu Zerstörung seiner Atomwaffen zwingen**

In einer Ansprache an die UN-Generalversammlung hat der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif von der internationalen Gemeinschaft sofortige Maßnahmen gegen Israel gefordert.

Iranische Offizielle haben zuvor bereits mehrmals auf Israel als auf die einzige Nation des Nahen Ostens hingewiesen, die tatsächlich über Atomwaffen verfüge. Dem Thema widmete sich Sarif auch in seiner am Freitag auf der offiziellen Webseite des Ministeriums veröffentlichten Rede anlässlich des Internationalen Tags der völligen Abschaffung der Nuklearwaffen.

„Die internationale Gemeinschaft muss Israel (...) dazu nötigen, sofort dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten und sein Kernwaffenarsenal zu zerstören“, so der iranische Minister.

Die Vereinigten Staaten seien bislang „weltweit einziger Verursacher eines Atomwaffenangriffs“, sagte Sarif unter Verweis auf die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August und 9. August 1945. Washington erweise nun Israel eine „blinde Unterstützung“.

„Genug ist genug“

Die Generalversammlung soll aus Teherans Sicht es als bindende Norm des internationalen Rechts verkünden, dass ein nuklearer Krieg nicht gewonnen – und auch nie geführt – werden dürfte.

„Im vorigen Jahr wurden 72,9 Milliarden Dollar für Atomwaffen ausgegeben – die Hälfte davon von den USA allein“, hieß es aus Teheran. „Genug ist genug.“

Aus Irans Sicht sollte dieses Geld lieber für die Covid-19-Bekämpfung bereitgestellt werden, statt es für Massenvernichtungsinstrumente zu verschwenden.

Atomwaffensperrvertrag

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, oder Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag (NVV), wurde von den fünf Atommächten USA, Frankreich, VR China, Großbritannien und der UdSSR initiiert und mittlerweile (2015) von 191 Vertragsstaaten unterzeichnet beziehungsweise akzessiert.

Nur vier Staaten sind nicht Mitglied des Atomwaffensperrvertrags geworden: Indien, Israel, Pakistan und der Südsudan. Nordkorea trat im Januar 2003 aus dem Vertrag aus und dessen endgültiger Status wird seither von der NVV-Gemeinschaft offen gehalten.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32738/40/327384050_0:0:3072:1663_1000x0_80_0_1_99e3de23f8acf0d72474c3de2df0d3cd.jpg

Dan-news.info: Aufgrund der Situation mit COVID-19 wurden die Zeiten für die Schulquartale in der DVR verändert.

Dies geht aus einem Erlass des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums hervor.

Das erste Quartal endet nun bereits am 4. Oktober statt am 23.-24. Oktober. Ab dem 5. Oktober sind bis zum 25. Oktober Ferien. Damit wurden die Herbstferien von acht auf 21 Tage verlängert. Dafür werden die Neujahrsferien um eine Woche verkürzt, sie werden nun vom 31. 12 bis 7.1. dauern statt vom 28.12. bis 10.1. Auch die Frühjahrsferien werden einen Tag später beginnen.

Die Berufsfachschulen und Colleges werden vom 6.10.-25.10. auf Fernunterricht übergehen. Die Hochschulen, die bereits im Fernunterricht sind, werden diesen bis zum 25.10. verlängern.

abends:

ria.ru: Die Polizei hat bei einer Kundgebung in Minsk mehrere Dutzend Menschen festgenommen

Mehrere Dutzend Demonstranten wurden am Sonntag während einer nicht genehmigten Kundgebung in Minsk festgenommen, teilte der Pressedienst der Minsker Stadtpolizei gegenüber RIA Nowosti mit.

Am Sonntagnachmittag veranstaltete die belarussische Opposition in Minsk und anderen Städten des Landes nicht genehmigte Proteste.

„Mehrere Dutzend Personen wurden festgenommen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur telefonisch. ...